

Wittigs Berlin – Info

25. Januar 2005



Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

der jüngste Auftritt der NPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag sollte spätestens jetzt allen die Augen geöffnet haben: Diese Partei steht außerhalb unseres Verfassungsbogens. Dennoch müssen wir die Auseinandersetzung politisch führen und dürfen sie nicht an die Justiz delegieren.

Die Flutkatastrophe in Asien hat uns Sachsen eingedenk unserer eigenen leidvollen Erfahrungen mit den Naturgewalten in ganz besonderer Weise betroffen gemacht. Auch in meinem Wahlkreis ist die Spendenbereitschaft sehr groß.

Aber das politische Tagesgeschäft rastet nicht. Hinter uns liegt ein anstrengendes und erfolgreiches Jahr. Wir haben Kurs gehalten und Verantwortung für das Land getragen. Darin unterscheiden wir uns von den Mutlosen, Nörglern und Schwarzmalern der Opposition, die unser Land schlecht reden und Reformen zu blockieren versuchen. Eigene Konzepte hingegen sucht man bei CDU/CSU vergebens. Wir dagegen haben gehandelt, wie ein Blick auf die wichtigsten Initiativen und Gesetze zeigt. Erste Erfolge haben sich eingestellt, zum Beispiel in der Gesundheitspolitik. Die gesetzlichen Kassen schreiben schwarze Zahlen und erhalten Spielraum für Beitragssatzsenkungen. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme unter den Vorzeichen von Globalisierung und demographischem Wandel zukunftsfest gemacht. Trotz angespannter Haushaltslage haben wir es geschafft, Steuersenkungen mit mehr Investitionen in Bildung, Forschung, Familien und der Stärkung der kommunalen Finanzkraft zu verbinden. Dass Deutschland international wettbewerbsfähig ist, beweisen immer neue Erfolge beim Export.

Mittlerweile liegen über eineinhalb Jahre intensiver Reformarbeit hinter uns. Wir haben einen schwierigen Weg zurückgelegt. Vieles ist angestoßen und auf den Weg gebracht worden, nicht alles – hier müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen – konnte den Menschen hinreichend vermittelt werden. Wenn wir den Wohlstand in unserem Land sichern wollen, braucht es Anstrengungen bei Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung. Deutschland befindet sich im Wettbewerb mit anderen Staaten um gute Standortbedingungen. Deshalb hat die Bundesregierung mit der Agenda 2010 notwendige Reformen angepackt.

Eure

Barbara Wittig

Inhalt:

- Steuersenkungsprogramm der Regierung
- Kinderwahlrecht ist „Etikettenschwindel“
- Kinder und Familien im Mittelpunkt
- Praktikantin Anna Musial im Berliner Büro

Unterwegs im Wahlkreis:

- 07.02. 9 -11 Uhr **Faschingsfrühstück in Hoyerswerda**
- 07.02. 14 Uhr **Gespräch mit Staatsministerin Ludwig in Dresden**
- 09.02. 10 -12 Uhr **Bürgersprechstunde in Hoyerswerda**
- 09.02. 19 Uhr **Pol. Aschermittwoch in HY-Zeißig „Grüner Kranz“**
- 10.02. 9.30 Uhr **Entwicklungsgesellschaft Scheibesees HY**
- 13-15 Uhr **Bürgersprechstunde in Kamenz**
- 16 Uhr **Projekt Ost-West-Integration Hoyerswerda**
- 11.02. 11 Uhr **Besuch des Sorbischen Dorfmuseums in Sabrodt**
- 01.03. 14 Uhr **Sprechstunde Großenhain**
- ca. 19 Uhr **Gespräch mit Unternehmerinitiative Großenhain**
- 02.03. 11 Uhr **Besuch der Firma M & W, Kamenz**
- 15-17 Uhr **Gespräch mit Staatsminister Jurk im SMWA**
- 18 Uhr **Wirtschaftsforum Gröditz**
- 03.03. 10 Uhr **Besuch der Firma Gamma, Radeberg**
- 12 Uhr **Sprechstunde Radeberg**
- 07.03. 16 Uhr **Treff am Vorabend des Frauentages im Büro HY**

**Bitte teilt mir
Eure Email-
Adresse mit!**

Größtes Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik

Am 01. Januar 2005 ist die letzte Stufe unserer Steuerreform in Kraft getreten. Damit werden private Haushalte und Unternehmen ab 2005 insgesamt um rund 53 Mrd. Euro jährlich entlastet. Der größte Teil fällt den privaten Haushalten zu. Ihre Entlastung beträgt 38 Mrd. Euro. Die Steuerreform, die wir im Jahr 1998 begonnen haben, hat zur größten Steuerentlastung bei der Einkommens- und Lohnsteuer in der Geschichte der Bundesrepublik geführt. Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit kleinen oder mittleren Einkommen und Familien mit Kindern bleiben heute viel mehr netto von ihrem Einkommen als noch 1998. Ab 2005 zahlt jeder vierte Bürger in Deutschland keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr.

Aber auch kleine und mittlere Betriebe profitieren von der Entlastung. So wird die Binnennachfrage angekurbelt und das Investitionsklima nachhaltig verbessert. Insgesamt werden Wachstum und Beschäftigung gefördert.

- 1998 betrug der Eingangssteuersatz in Deutschland 25,9 Prozent – seit 1. Januar 2005 beträgt dieser nur noch 15 Prozent.
- 1998 betrug der Spitzensteuersatz in Deutschland 53 Prozent – seit 1. Januar 2005 beträgt er nur 42 Prozent.
- 1998 betrug der Grundfreibetrag als steuerfreier Teil des Einkommens 6.322 Euro, er wurde bis heute auf 7.664 Euro erhöht.

Mehr Transparenz und Steuervereinfachung sorgen für mehr Gerechtigkeit. Aber es geht nicht allein um niedrige Steuersätze. Es geht auch um mehr Steuergerechtigkeit. Subventionen, volkswirtschaftlich schädliche Finanzhilfen und steuerliche Vergünstigungen werden abgebaut. Seit 1998 haben wir über 70 Steuerschlupflöcher geschlossen und Subventionstatbestände beseitigt. Spitzenverdiener können ihr Einkommen nicht mehr beliebig klein rechnen wie das früher der Fall war. Auf der einen Seite steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer und Wirtschaft, auf der anderen Seite mehr Transparenz und Vereinfachung im Steuerrecht durch den Abbau von Ausnahmetatbeständen – diese Politik der strukturellen Erneuerung werden wir konsequent fortsetzen.

„Kinderwahlrecht“ ist Etikettenschwindel

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat mit Gegenstimme des FDP-Abgeordneten Klaus Haupt den Antrag „Mehr Demokratie wagen durch Wahlrecht von Geburt an“ abgelehnt.

Meine schon wiederholt dargestellte ablehnende Haltung zu diesem Antrag ist unverändert. Der für mich gewichtigste Einwand sind die im Artikel 38 des Grundgesetzes formulierten Grundsätze der allgemeinen, freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl. Ein Kleinkind kann diesen Grundsätzen naturgemäß nicht entsprechen.

Wenn das Wahlrecht stellvertretend von den Eltern wahrgenommen wird, kann weder erwartet noch kontrolliert werden, ob die über mehr als eine Stimme verfügenden Eltern diese auch im Interesse ihrer Kinder einsetzen.

Daher handelt es sich bei dem Kinderwahlrecht um eine „Falschetikettierung“, da in Wahrheit die Eltern eine zusätzliche Stimme erhalten. Ein Demokratiegewinn zugunsten von Kindern und Jugendlichen ist daher meines Erachtens nicht erkennbar.

Wer unsere Gesellschaft kinder- und familienfreundlicher gestalten will, sollte, wie es die rot-grüne Bundesregierung macht, bei Bildung und Betreuung ansetzen, anstatt in populistischer Manier an den bewährten Grundsätzen unserer Demokratie zu rütteln.

Kinder und Familien im Mittelpunkt

Der Aufbau eines bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebots für Kinder aller Altersgruppen ist das zentrale gesellschaftliche Reformprojekt in dieser Legislaturperiode. Damit verbessern wir die Bildungschancen aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern. Familien und Kinder stehen im Mittelpunkt unserer Politik:

- weiterer Ausbau von Ganztagschulen
- Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren,
- Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind auf 154 € im Monat
- Eltern, die ihre Arbeit zugunsten der Kindererziehung zeitweise aufgeben oder einschränken, sind bei der Rente besser gestellt
- Die Anerkennung von Erziehungszeiten wurde auf drei Jahre ausgeweitet
- Steuern wurden gesenkt - eine Familie mit zwei Kindern und einem Monatsbruttoeinkommen von 3.128 € zahlt seit dem 01.01.2005 keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr. Zudem erhalten Familien mit geringem Einkommen erstmals einen Kinderzuschlag in Höhe von bis zu 140 € pro Kind. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1.025 € erhält damit 280 € zusätzlich. Hinzu kommt das Kindergeld von 308 €.
- Eltern werden in der Pflegeversicherung besser gestellt: Kinderlose zahlen 0,25 Beitragssatzpunkte mehr.

Insgesamt haben wir die familienpolitischen Ausgaben seit 1999 um 50% angehoben!

Praktikantin im Berliner Büro

Für 14 Tage ist Anna Musial aus Polen, Studentin der Kulturwissenschaft an der „Viadrina“ in Frankfurt an der Oder, zu einem Praktikum in meinem Berliner Büro. Dieses Praktikum ist Bestandteil eines Seminars zur Politikberatung, das sie im laufenden Wintersemester belegt hat. Die Schwerpunkte ihres Studiums waren zunächst Linguistik und Soziologie, die ihr aber zu wenig praxisbezogen waren. Daher entschloss sie sich nach 2 Jahren, ihr Studium um Politikwissenschaft zu erweitern. Bis zum Ende des Jahres wird sie ihr Studium voraussichtlich abgeschlossen haben um sich anschließend im Bereich der Politikberatung beruflich, am liebsten auf europäischer Ebene, zu etablieren. Um in Brüssel erste Kontakte zu knüpfen, wird Anna im Frühjahr bei der dortigen polnischen Botschaft ein Praktikum absolvieren und plant ein weiteres im EU-Parlament.

